

Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr nichts.
Vereinigt Alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Bezugspreis das Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Postgeld oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 III
Fernsprecher: Amt Königsplatz, Nr. 1078.

Anzeigen die dreigespaltene Kleinzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Anzeigen, Bezugs- und Verbandsgelder sind an Otto Sehm's, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten. Postfachkonto Berlin 5386.

Inhalt: Zur Jahreswende. — Neues Jahr, neues Hoffen und neue Arbeit. — Das Papiergarn in Gegenwart und Zukunft. — Die Unentbehrlichkeit von Arbeiterkammern in der Uebergangswirtschaft. — Welche Gehältnisse stehen dem heurlaubten Soldaten zu? — Für die Einheit der Gewerkschaften. — Gewerkschaftliche Nichtwörter. — Baugenossenschaften und Produktivgenossenschaften in Dänemark. — Zur Ernährungsfrage. — Gesundheitspflege. — Vermischtes. — Berichte aus Fachkreisen. — Verbandsanzeigen.

Zur Jahreswende.

Das Jahr 1918 hat begonnen. Wird es endlich sein das Jahr des Heils, das der Menschheit den Frieden bringt und einleitet den Heilungsprozess zur Vernarbung der furchtbaren Wunden, die der Krieg den Völkern Europas geschlagen hat? Noch stehen die Wolken des Kriegswetters unheil-drohend am politischen Firmament. Aber es hat den Anschein, als sollte das Unwetter, was im Osten zuerst heraufzog, auch im Westen zuerst vom Scheine der Friedenssonne verdrängt werden. In Rußland und Rumänien verhandelt man über die Herbeiführung eines dauerhaften, für alle Völker ehrenvollen Friedens. Möge es nur so sein! Ein schwacher Hoffnungsschrahl hat sich in unserem Gemütsleben festgesetzt; ein Hoffnungsschrahl, daß uns das herangekommene Jahr 1918 nun doch endlich den langersehnten allgemeinen Frieden bringen werde. Ginge es allerdings nach den zurzeit am Staats-ruder stehenden Männern in England, Amerika und Frankreich, und ginge es nach den Männern in der Deutschen Vaterlandspartei, dann sähe es noch recht trübe aus um das Zustandekommen des Völkfriedens. Man kann aber mit ziemlicher Bestimmtheit darauf rechnen, daß die werdenden Verhältnisse stärker sein werden als die „starken Männer“ der Kriegstreiber. Man erinnere sich nur, daß, als wir vor dem nun geschiedenen Jahre 1917 standen, es der russische Auslandsminister der zaristischen Regierung war, der als erster die dramatisierende Rede hielt, mit welcher das Friedensangebot Deutsch-lands und seiner Verbündeten vom Dezember 1916 ab-gelehnt wurde. Wo ist der Mann, der damals so empörend starke Worte sprach, heute? Wo ist der ganze Regierungsapparat des zaristischen Rußland? Wo ist der Zar von Ruß-land selbst? Wir wissen es alle; wir alle waren ja Zeugen jenes gewaltigen Geschehens, das in Rußland den Zaren und sein Regime davonsagte, wie der Sturm die Spreu davonschleudert. Ein Märzsturm war es, der in Rußland da-von jagte die Kronen und Koronette. Heute ver-handelt das vom Zarismus befreite russische Volk mit den Zentralmächten über den Frieden. Ist das nicht für die anderen kriegführenden Völker, deren Regierungen nichts wissen wollen vom Frieden, ein ausgezeichnetester Anschauungs-unterricht dafür, was getan werden muß, um die Hindernisse des Friedens aus dem Wege zu räumen? Das russische Volk hat den anderen Völkern, deren Regierungen nicht zum Frieden geneigt sind, gezeigt, welcher Weg beschritten werden muß, um zum Frieden zu gelangen. Und wenn wir uns die Verhältnisse genauer ansehen, so erblicken wir in den hauptsächlich in Betracht kommenden Kriegsländern durchweg Anzeichen dafür, daß sich in den Völkern der Wunsch zum Frieden auswächst, zum Friedenswillen. Und wo in den Völkern der Wille zum Frieden da ist, da geht es wie in Rußland, hinweg über die Köpfe der Staatsmänner, und sie können froh sein, wenn sie ihre Köpfe behalten. Die „Neue Züricher Zeitung“ berichtete bereits über Vorgänge aus Italien, die erkennen lassen, daß das italienische Volk sich anschickt, denselben Weg zu beschreiten, den das russische Volk be-schritten hat. Wir gehen wieder dem März zu; sollte er der bedrängten europäischen Menschheit nicht endlich freie Bahn schaffen für den Frieden und die Freiheit? In Fran-reich muß der Wille zum Frieden jetzt auch rapid im Wachsen begriffen sein, denn wir sehen, wie sich die Regierung fran-zösisch bemüht, das ausbrechende Feuer der Empörung mit den brutalen Machtmitteln des Staates zu ersticken. In Paris hat man jetzt die Gewerkschaften und andere Korpo-rationen der Arbeiterbewegung hineingezogen in den Vann der staatlichen Macht, um ihren Friedenswillen zu ersticken. Aber die werden recht behalten, die sagen, daß die französische Regierung in ihrem Bestreben, das überall ausbrechende Feuer am Ausbruch zu hindern, nur die Explosivgewalt des Brandes steigern und eines Tages von dieser hervorbrechenden Gewalt für immer hinweggefegt werden wird. Wir glauben nicht, daß in dem Lande der politischen Umwälzungen größeren Stiles die Krater der Revolution für immer erloschen sein werden. Der Weltkrieg ist ein Faktor von unberechenbarer Wirkung gewesen; von Anfang an. Je länger er andauert, je mächtiger ist seine Wirkung auf allen Gebieten. Der Un-wille, der in den Völkern erzeugt wird durch all die grenzen-losen Leiden, die der Krieg im Gefolge hat, er wirkt auf das Gemüt der Menschen wie das immer wirksamere werdende Feuer auf einen schon überheizten Dampfkessel; eines Tages

tritt die Katastrophe ein: der Kessel fliegt in die Luft. Auch beim Krieg mit seinen Wirkungen handelt es sich um ein Naturgesetz. Und man wird auch in dem sonst kühl abwägen-den englischen Volke schon nachdenklich. Wie, wenn diejenigen, die erkennen, daß die Völker für die Interessen des englischen Kapitals bluten und verbluten, in den hauptsächlichsten Ländern die Oberhand bekommen? In Rußland, so berichteten kürzlich die Korrespondenten engli-scher Zeitungen, sei heute niemand mehr gehaßt wie die Engländer. Und in dem schon angezogenen Artikel der „Neuen Züricher Zeitung“ wird die sehr bedenk-liche Meldung gebracht, in den Kreisen Italiens, die sich nicht mehr dazu hergeben, das waffentragende Volk für engli-sche Kapitalinteressen zu opfern, trage man sich mit dem Gedanken, die englischen Bewohner Italiens als Geiseln festzunehmen. Das sieht nicht gerade vertrauenerweckend aus für die englische Kriegspartei. Denn wenn man in Italien sich mit dem Gedanken trägt, englische Staatsangehörige als Geiseln zu behalten, so muß man doch etwas tun wollen, von dem man weiß, daß es von der englischen Regierung sehr übel vermerkt werden und dazu führen kann, daß diese Regierung mit Repressalien gegen Italien drohen wird. Und was könnte dieses Tun anderes sein, als in diesem Völkermorden nicht mehr mitzutun.

Etwas mehr Hoffnung für die Erlangung des Friedens bringt uns also das Jahr 1918 mit, als uns das Jahr 1917 mitbrachte.

Aber wir haben nicht nur nach außen zu blicken, wenn wir uns umsehen nach den Gefahren des Friedens. Auch bei uns lauern solche Gefahren. Eine, die nicht wollen, daß in Preußen das gleiche Staats-bürgerrecht zur Einführung komme, die sind es auch, die das deutsche Volk auf Wege leiten möchten, die zu keinem dauernden Frieden führen. Und das wird es sein, was auch dem preußisch-deutschen Volke das Jahr 1918 zu einem bedeutsamen Jahre machen wird. Der König von Preußen hat die Regierung Preußens beauftragt, für die gesetzliche Festlegung des allgemeinen, ge-heimen und direkten Wahlrechts zum preußi-schen Landtage Sorge zu tragen, und die Regie-rung hat auch in diesem Sinne gewirkt. Wir sehen aber, daß die Kreise, die sich bisher als die patriotischen be-zeichneten, alle Mienen springen lassen, um den Willen des Königs nicht zur Durchführung kommen zu lassen. Ein „Bund der Kaiserstreuen“ hat sich noch vor Schluß des abgelaufenen Jahres gebildet, der sich vorgenommen hat, dem Willen des Königs, den dieser als König von Preußen zum Ausdruck gebracht hat, den Weg zu ver-sperrten. Es sind sonderbare Käuze, diese Manneskens im „Bund der Kaiserstreuen“. Sie wollen, daß der Kaiser seinem dem preußischen Volke gegebenen Worte untreu werde. Es handelt sich also um einen Bund von Treuen zur Herbeiführung von Untreue. Wir wissen nicht, wie die Entstehung dieses Bundes der Kaiserstreuen vom Kaiser ge-wertet wird. Wir wollen uns auch unseren Kopf nicht dar-über zerbrechen. Aber joviell können wir den Kaiserstreuen sagen, daß sie dem Kaiser den schlechtesten Dienst leisten, der ihm je geleistet worden ist, wenn sie ihm unmöglich machen wollen, sein gegebenes Wort einzulösen. Wir werden leider durch die heutigen Preßverhältnisse gehindert, zu sagen, was die Folge sein würde, wenn in Preußen der Versuch unternommen werden sollte, das gleiche Wahlrecht zu hintertreiben. Aber es ist ja eigentlich auch gar nicht notwendig, es zu sagen, denn es hängt ja greifbar in der Luft. Hier liegen die Dinge genau so, wie in der Friedensfrage für Frankreich. Mit Ausnahme des kleinen Säusleins Straßeler im konservativ-nationalliberalen Lager, wozu wir auch die Konservativen der Zentrumspartei rechnen, ist sich das ganze preußische Volk einig, daß das gleiche Wahlrecht in Preußen im Jahre 1918 kommen muß. So wenig die zahlreichen Trommelfeuer an den Kriegsfrenten die Opfer, die sie sich unter den Preußen such-ten, in Klassen schieben, so wenig können bei der nächsten Preußenwahl die Preußen in Klassen geschieden oder voneinander be-vorzugt werden. Es wird ein Glück sein für manche Kreise bei uns, wenn man das rechtzeitig einseht und das Nötige in die Wege leitet.

Wir sind in ein vielversprechendes Jahr ein-getreten. Möge es halten, was wir von ihm erwarten. Möge aber auch die Arbeitererschaft daran denken, daß es von ihr in ganz wesentlicher Weise abhängig sein wird, daß das neue Jahr das bringt, was wir von ihm erhoffen:

Frieden und gleiches Recht!

In diesem Sinne wünschen wir allen Verbandskolleginnen und -kollegen

Viel Glück im neuen Jahr!

Neues Jahr, neues Hoffen und neue Arbeit

An der Schwelle des neuen Jahres und einer neuen Zeit richten wir unsere Blicke rückwärts, überschauend, was wir erreichten, und vorwärts, um uns klar zu werden, was wir erstreben, was wir fordern müssen. Ganz besonders haben die Frauen an jedes Jahr neue Hoffnungen geknüpft, auch wenn sie früher gehegte nicht in Erfüllung gehen sahen. Die lange Kriegszeit, die wir bisher erlebten, hat uns alle ein so gewaltiges Maß von Elend und Not gebracht, daß wir manchmal glaubten, darunter zusammenbrechen zu müssen. Der Wille zum Leben, das Verantwortlichkeitsgefühl gegen andere hat allen Frauen, insbesondere aber den Müttern, die während des Krieges noch schwerer als andere Frauen und Mädchen um ihre und ihrer Kinder Existenz ringen mußten, die Kraft gegeben, das Schwere, was über sie hereinbrach, zu tragen. Alle richten zu dieser Jahreswende ihre Blicke hoffnungsvoller als in den letzten Jahren in die Zukunft. Scheint es doch, als wenn endlich die Zeit nicht mehr allzufern ist, da der gesunde Verstand der Menschen sich gegen das wahn-sinnige Hinschlachten der Blüte der Menschheit nicht ganz er-schlos zur Wehr setzt. Vorläufig sieht es allerdings er-schreckend aus. Doch unser aller Hoffen und Wünschen gipfelt darin, daß aus der Waffenruhe der, ach, so lange ersehnte Frieden er-stehen möge, der der Menschheit endlich auch wieder den Weg zu nützlichem Schaffen freimacht.

Für die Arbeiterinnen ist es an der Schwelle des neuen Jahres und der neuen Zeit aber doppelt notwendig, sich darüber klar zu sein, daß Hoffen und Wünschen zu keinem Resultat führt, wenn man nicht tatkräftig mitwirkt, um die Wünsche zur Erfüllung zu bringen. Das eben zu Ende ge-gangene Jahr hat zwar gezeigt, daß die Arbeiterinnen im Verlauf des Krieges zu der Erkenntnis kamen, daß die Zu-gehörigkeit zur Organisation ihnen erst die Kraft verleiht, wirksam für ihre eignen Interessen zu kämpfen. Hat ihnen auch gezeigt, wie trotz der Unentbehrlichkeit der Arbeiterinnen für die Kriegswirtschaft und -industrie die Unternehmer immer wieder verjüchten, alter Gewohnheit folgend, die Ar-beiterinnen als Menschen zweiter Klasse zu werten, sowohl hinsichtlich der Entlohnung wie der persönlichen Behandlung. Die geringere Wertung der Arbeiterinnen seitens der Unter-nehmer löste aber das Bewußtsein der Steigerung des eignen Wertes bei ihnen aus. Sie kamen zur Organisation, um ge-meinsam die Macht zu bilden, die sie einzeln nicht sein können. Zählte doch unsere Organisation Anfang Dezember mehr als 54 000 weibliche Mitglieder. Diese Zahl vorfördert schon eine gewisse Macht der Arbeiterinnen, die noch eine wesentliche Steigerung erfahren kann, wenn entsprechend der Zahl der beschäftigten Textilarbeiterinnen auch die Zahl der Organi-sierten eine ständige Steigerung erfährt. Haben doch die Ar-beiterinnen alle Ursache, für die Stärkung der Organisation durch Zuführung neuer weiblicher Mitglieder Sorge zu tragen, denn die Textilindustrie wird ja auch in Zukunft die meisten weiblichen Arbeitskräfte aufnehmen. Von den Ar-beiterinnen selbst wird es also im wesentlichen abhängen, ob sie in der Textilindustrie die Löhne und Arbeitsbedingungen haben, die sie brauchen, um den Erfordernissen der Zeit ent-sprechend leben zu können. Das haben auch viele unserer Kolleginnen in vollem Umfange erkannt. In einigen Bezirken unseres Verbandsgebietes hat eine erfreuliche Agitations-arbeit der Kolleginnen eingeleitet, die sehr beachtenswerte Er-folge zeitigte. Die sich ihrer Bedeutung und Unentbehrlichkeit für die Gütererzeugung bewußt gewordenen Arbeiterinnen wissen auch, daß verlassen ist, wer sich auf andere verläßt. Sie fördern ihre eignen Interessen wie die der Allgemeinheit da-durch, daß sie den Gedanken der Organisation in den Köpfen bisher Gleichgültiger entzündeten, sie der Organisation ein-gliedern, um sie zu Kämpferinnen für die eigne Sache zu erziehen.

Und Kämpferinnen werden wir brauchen in der Zukunft, um zurückzuerobern, was uns der Krieg an Arbeiterinnen-schutz nahm, um zu erhalten, was die Organisation während des Krieges für die Arbeiterinnen an Lohnaufbesserungen er-kämpfte, und um zu erreichen, was wir von der Zukunft fordern müssen, um die arbeitenden Frauen und Mädchen vor der Verwüstung ihrer Arbeitskraft zu schützen. Das ist in allererster Linie eine den Bedürfnissen der Arbeiterklasse und der gesteigerten Arbeitsleistung entsprechende verkürzte Ar-beitszeit: der achtkündigen Arbeitstag. Die arbeitenden Frauen und Mütter müssen Zeit haben für ihre Kinder, ihren Haushalt. Sie müssen, da sie Erzieherinnen ihrer Kinder sind, auch Zeit haben, sich das allernotwendigste geistige Nütz-zeug für die Erziehung anzueignen. Deshalb keine Stunde länger arbeiten, als unumgänglich notwendig ist! Darum ist auch von der Gesetzgebung das gänzliche Verbot aller Ueber-stunden für Arbeiterinnen als dringend notwendig zu fordern. Zu fordern ist auch ebenso dringend eine Heraushebung der Schutzfrist für Wöchnerinnen und werdende Mütter, um das kostbarste, was ein Volk hat, den Menschen, selbst zu schützen und zu schonen.

Solche Forderungen im Interesse der Arbeiterinnen so- wohl als im Interesse der Arbeiterschaft als Klasse gelegen, werden natürlich den Widerstand der Unternehmer heraus- fordern. Ja, diese treffen schon längst alle erdenklichen Vor- bereitungen, um sich gegen die Forderungen der Arbeiterschaft nach dem Kriege zu wehren. Sie, die wirtschaftlich Starken, durch den Krieg noch stärker Gewordenen, rüsten gegen uns, die wirtschaftlich Geschwächten. Können, dürfen wir das ge- schehen lassen, ohne selbst alle Kräfte zu sammeln zum Kampf um die Behauptung und Verbesserung unserer Lebensbedin- gungen? Gewiß nicht!

Darum müssen wir, wenn wir unsere Blicke in die Zukunft richten, uns auch klar darüber sein, daß es unserer, der Ar- beiterinnen, unausgesetzter fleißigster Mitarbeit bedarf, um die Macht und den Einfluß unserer Organisation zu stärken. „Neues Jahr“ ist für unsere weiblichen Mitglieder gleich- bedeutend mit erneuter Werbearbeit für ihren Verband. Ar- beit, die ihren Lohn darin findet, die Gleichgültigkeit der vielen abseits stehenden Kolleginnen zu brechen, sie von der Notwendigkeit des enigen Zusammenhaltens aller Arbeit- enden in der Organisation zu überzeugen. Groß, sehr groß ist noch immer die Zahl der Arbeiterinnen, die die durch die Organisation erzielten Vorteile hinnehmen, aber doch der Or- ganisation fernbleiben und deshalb ihrem Wesen und ihren Zielen fremd gegenüberstehen. Viele sehen darum auch nicht ein, daß ihr Arbeitsstehen die anderen am Vorwärtsschreiten hindert. Darum muß es ihnen gesagt werden, und wo es ihnen durch unsere Werbekolleginnen eindringlich und über- zeugend gesagt wurde, da haben sie sich auch belehren lassen und sind eingetreten in unsere Reihen. Diese Werbetätigkeit unserer weiblichen Mitglieder wird im neuen Jahre weitere Früchte tragen. Ist doch das Gemeinschaftlichkeitsgefühl aller arbeitenden Menschen durch die Not des Krieges ge- fördert worden. Schneller als sonst haben die Arbeiterinnen lernen müssen, daß man sie nicht als vollwertige Arbeitskräfte ansah, daß sie aber zusammen in der Einheit der Organisation mit Erfolge sich die Anerkennung verschaffen können, die ihnen wege ihrer Bedeutung für die Gütererzeugung zukommt. Deshalb müssen auch allerorts die Arbeiterinnen ihre Kräfte anspannen, um den Aufstieg der weiblichen Mitgliederzahl unseres Verbandes auch im neuen Jahre zu fördern. Kommen wir zur Beendigung des blutigen Krieges im neuen Jahre, so finden unsere zurückkehrenden Kollegen dank der Mitarbeit unserer Kolleginnen eine starke Organisation vor, die den ihnen etwa zugemuteten Kämpfen gewachsen ist. Dieser Ge- danke wird die Arbeitsfreudigkeit unserer tätigen Kolleginnen heben und ihnen die Erfolge bringen, die jede mit Lust und Liebe geleistete Arbeit verheißt.

Glück auf zu neuer Arbeit im neuen Jahr!
Martha Soppe.

Das Papiergarn in Gegenwart und Zukunft.

★ Eine große Schwierigkeit ist der deutschen Volkswirt- schaft während des Krieges durch die Absperrung der Rohstoffe für Bekleidungszwecke entstanden. Textilfasern und Leder be- zogen wir vor dem Kriege in großen Mengen aus dem über- seeischen Ausland. Dieser Bezug wurde unmöglich, als Eng- land den Hungerringkrieg gegen uns begann. Die Ein- fuhr von Jutespinnerei hatte England von Anfang des Krieges an unterbunden. Einige Zeit später erfolgte die Sperre der See- schiffahrtswege für Baumwolle, Wolle und andere Roh- produkte. Anfangs legte man dieser englischen Maßregel nicht die Bedeutung bei, die sie nach und nach erlangt hat, weshalb viele von den damals vorhandenen Rohstoffen der Textil- und Lederindustrie zunächst noch verwendet worden sind. Beste Gespinste aus Baumwolle, Flachs und Seide wurden sogar zu Sandfäden verarbeitet. Diejenigen Techniker wurden kurz- weg abgewiesen, die den Vorschlag machten, die Sandfäden aus Papiergarn zu herstellen.

Was damals die Kriegsausfälle der Jute- und Baum- wollindustrie an volkswirtschaftlichem Schaden angerichtet haben, können sie nie beantworten. Sie, die Interessenver- treterinnen der Jute- und Baumwollindustrie, waren es, die damals als Gutachter, wohl in der Annahme, daß der Krieg nicht lange dauern werde, dafür wirkten, die Produkte der Jute- und Baumwollindustrie bei den Kriegslieferungen von der Konkurrenz der Produkte aus der Papiergarnindustrie freizuhalten. Doch mit der Zunahme der Kriegsdauer zwang die eiserne Notwendigkeit dazu, die Jute- und Baumwoll- produkte durch Erzeugnisse aus Erbsenfasern zu ersetzen. In erster Linie war es die Papiergarnindustrie, die Ersatz schaffen mußte und auch Ersatz schaffte, und zwar in einem Umfang und in einer Güte, wie es sich heute noch viele kaum vorstellen können. Es kann heute rühmend gesagt werden: es gibt gegenwärtig keine zweite Industrie in Deutschland, die in Produktion des Wiederaufbaues für die deutsche Volkswirtschaft größere Bedeutung hätte wie die Papiergarn- industrie. Und andererseits gibt es keine zweite Industrie, die hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit so bekannt worden ist wie die Papiergarnindustrie. Allerdings nicht ganz unab- sichtlich. Auch heute noch, wo wir nicht nur in unserer Ver- sorgung mit Kleidern, sondern auch mit Schuhen auf die Papiergarnindustrie angewiesen sind, sind mächtige kapital- stützige Kreise bemüht, die Produkte dieser Industrie verächtlich herabzusetzen. Papiergarn! Papiergarn! Was kann denn aus Papiergarn Brauchbares werden? Es ist doch nur Papier!

Vielleicht würde weniger falsch geurteilt worden sein, wenn man von Anfang an Zellulose- oder Zellstoffgarn statt Papiergarn gesagt hätte. Doch die Interessenten der Juteindustrie, die schon vor dem Kriege, als damit be- gonnen wurde, die Zellulosefaser für die Spinnerei und Weberei nutzbar zu machen, alles taten, um das neue Produkt verächtlich zu machen, fürchteten die Konkurrenz; denn vor dem Kriege betrug der Herstellungspreis von Jutegarn zu- weilen das Zweieinhalb- bis Dreifache des Papiergarns. Zu Anfang des Jahres 1914 war bei einem Rohjutepreis von 600 Mk. pro Tonne der Verkaufspreis für 6er Jute-Settgarn in Deutschland 90 Pf. pro Kilogramm, während die Her- stellungskosten für reines Papiergarn 39 Pf. betragen. Das besagt, daß reines Papiergarn schon mit Jutegarn konkurrieren konnte, wenn die Tonne Rohjute unter 300 Mk. kostete. Textilosegarne konnten mit Jutegarnen konkurrieren bei einem Rohjutepreis von 340 bis 380 Mk. für die Tonne. Was das für die Juteindustrie bedeutet, kann man daran er- messen, daß sich in der letzten Zeit vor dem Kriege der Roh- jutepreis zwischen 600 bis 720 Mk. bewegte.

Die Juteindustrie hatte also alle Ursache zur Konkurrenz- fürcht, zumal Festigkeitsvergleiche zwischen Jute- und Textilosefäden ergeben hatten, daß die letzteren eine größere Widerstandskraft besaßen. Professor Stolzen- berg hat im Jahre 1911 solche Vergleiche angestellt. Zur Prüfung der Festigkeit wurden Säcke aus Jute und solche aus Textilose, in einem Falle mit Zement, im anderen mit künstlichem Dünger gefüllt, bei horizontaler Lage des Sackes aus etwa 2 Meter Fallhöhe auf Zementboden geworfen. Die Säcke waren im Eigengewicht ziemlich gleich schwer. Es erfolgte das Plaken der Zementfäden:

a) aus Jute: 1 Sack nach 10 maligem Niederwerfen
2 " " 2 " "
3 " " 4 " "

b) aus Textilose: 1 Sack nach 8 maligem Niederwerfen
2 " " 3 " "
3 " " 10 " "

Das Plaken der Düngersäcke erfolgte:

a) aus Jute: 1 Sack nach 5 maligem Niederwerfen
2 " " 1 " "

b) aus Textilose: 1 Sack nach 9 maligem Niederwerfen
2 Sack 18mal geworfen, ohne zu reißen.

Wie sich ferner in neuester Zeit ergeben hat, sind Papier- gewebebezüge zum Transport von Chemikalien viel widerstands- fähiger wie Jutesäcke. Bis vor kurzem wurden die Papier- gewebebezüge mit Bastfasergarn genäht. Beim Transport von Chemikalien in dieser Art genähten Papiergewebebezüge ergab es sich nun sehr häufig, daß die Säcke rissen, weil der Zwirn aus Hanf oder Jute zerfressen war, während die Chemi- kalien dem Papiergewebe keinen Schaden zugefügt hatten. Der Uebelstand ist behoben, seitdem man diese Säcke mit Zwirn aus Papiergarn zusammennäht.

Als wichtigen Gründen können wir hier leider nicht auf den Produktionsprozeß eingehen. Es sei hier nur gesagt, daß es zwei Arten Zellulose gibt: die Sulfitzellulose und die Natriumsulfatzellulose. Die letztere ist wider- standsfähiger als die erstere, hat aber den Nachteil, daß sie braun ist, während die erstere weiß ist. Außer den aus beiden Stoffen hergestellten Garnen gibt es aber auch schon solche aus Textilose, deren Erfinder der Textilindustrielle Herr Clavier in Adorf i. B. ist. Textilose ist eine fein erdachte Ver- bindung von Zell- und Faserstoff. Textilosegarne sind noch vielseitiger verwendbar als reine Zellstoffgarne, und es steht heute schon fest, daß dem reinen Zellstoffgarn, noch mehr aber dem Textilosegarn nach dem Kriege eine große Zukunft beschieden ist.

Grundsätzlich ist es, anzunehmen, daß aus reinem Zellstoff oder gar aus Textilose hergestellten Garnen nur Sandfäden und andere Säcke hergestellt werden. Gewiß ist, daß die Sackindustrie auch in Zukunft das Zellstoffgarngewebe be- vorzugen wird, ganz abgesehen von den haltbareren Textilose- gewebe; denn auch aus reinem Zellstoffgarn hergestellte Ge- webe sind für Säcke haltbarer und im ganzen brauchbarer, dazu auch hygienisch vorteilhafter als das faserige und stin- kende Garn aus Jute. Doch die Zellstoffgewebeindustrie hat sich mit Recht viel größere Aufgaben gestellt. Wenn nicht der reine Zellstoff, so ist doch die Textilose in der Lage, nicht nur die Textilindustrie, sondern auch die Lederindustrie in großem Umfange vom Rohstoffbezug aus dem Auslande unabh- ängig zu machen; Textilose ersetzt die Fasergarne für Wäsche und sonstige Bekleidung, wie sie auch Leder ersetzt.

Es ist geradezu erstaunlich, welche Vielseitigkeit die Texti- loseindustrie im Ersatz für Produkte aufweist, die man sich bisher nie anders als aus Leder bestehend vorstellen konnte. Wir sahen Treibriemen aus Textilosegarn hergestellt, die, aus Leder hergestellt, 25 000 Mark kosten würden. Aus Textilose- garn stellen sie sich auf kaum ein Viertel des Lederpreises und stehen in der Haltbarkeit und Verwendungsgüte den Leder- riemen in nichts nach, ja sie sind ihnen in beiden Eigenschaften häufig überlegen. Wäre es nicht nach dem Kriege eine Ver- sündigung an der Volkswirtschaft, Leder zu Treibriemen oder ähnlichen Fabrikaten einführen zu wollen?

Auch Stiefelsohlen aus Textilose gibt es, so stark und preiswert, daß wir wünschen: zum Teufel mit den un- zweckmäßigsten aller Kriegssohlen, den Holzsohlen! Eine un- zweckmäßigere, gefährlichere Sohle wie die Holzsohle konnte wirklich nicht erfunden werden. Es scheint fast so, als habe man eine Preisbewerbung ausgeschrieben für die Herborbrin- gung einer Stiefelsohle, mit der es gelingt, recht viele Knochen- brüche herbeizuführen. Die Sächsische Kunstweberei von Clavier, A.-G., in Adorf, ist allein auf eine Jahresproduktion von 26 Millionen Stiefelsohlen aus ausgezeichnet imprä- gniertem Textilosegarn eingerichtet. Wer die Firma darf keine ihrer Sohlen verkaufen. Das Verkaufsmonopol aller Arten Kriegsrucksacksohlen hat die Rucksacksohlengesellschaft. Die aber hat sich besonders kapriziert auf den Vertrieb von Holz- sohlen und nutzt die Produktion der Textilosesohlen nicht aus. Dabei sind die Sohlen sehr billig. Ein Paar Sohlen für Männerstiefel kostet 2,50 Mk.

Wir haben ferner bei Clavier alle Sorten Schuhe gesehen, hergestellt aus reiner Textilose, und alle, die mitanwesend waren, auch eine Anzahl Offiziere, waren überrascht von der sauberen Ausführung. Der Preis für ein Paar sauber aus- geführte Damenschuhe aus Textilose stellt sich auf 18 Mk. Wie plump und geschmacklos sehen jenen Textilosegeschuhen gegen- über die Holzsohlenschuhe aus, die heute in den Handel ge- bracht werden.

Unter den verschiedenen technischen Fortschritten der Kriegszeit nimmt die Textilosefabrikation, was ihre volkswirt- schaftliche Bedeutung anbetrifft, eine der ersten Stellen ein. Wenn ihre Leistungsfähigkeit heute noch nicht anerkannt wird, so deshalb, weil ihre Erzeugnisse zu zweckmäßig und darum geeignet sind, den Fabrikaten der konkurrierenden Kriegs- gesellschaften in der kommenden Friedenszeit erfolgreich Kon- kurrenz zu machen. In diesem Umstand liegt die Hauptursache dafür, daß wir, soweit die Bekleidung in Betracht kommt, die mannigfach herorgetretenen Mängel nicht bis auf ein geringes Maß von Mißbehagen herabdrücken konnten. Das Interesse der Bevölkerung erfordert aber, daß dies möglich wird. Es ist daher dringend nötig, daß die Geschäftspraktiken der Kriegs- gesellschaften einmal vom Reichstag gründlich unter die Lupe genommen werden.

Die Unentbehrlichkeit von Arbeiter- kammern in der Uebergangswirtschaft. *)

Außerordentliche Machtwortkommenheiten braucht die Staatsverwaltung, um die gewaltigen Aufgaben zu erfüllen, die die Fortführung unserer Volkswirtschaft beim Uebergang zum Frieden stellt. Die gesamte Produktion des Heimat- landes ist aus den Fugen: die Landwirtschaft arbeitet auf er- schöpftstem Boden, mit brüchigem Gerät, ohne Düngkraft, mit entarteten Samen und mit verringerter Arbeitskraft; die Industrie hat ihre Friedensmaschinen durch Rüstungs- maschinen ersetzt; der Handel sieht alle seine Verkehrswege verlegt; alle Zweige der Erzeugung und des Verkehrs haben ihre Roh- und Hilfsstoffe aufgezehrt; der Konsum ist auf ein Existenzminimum zusammengeschrumpft. Dieser Zustand ist nur durch außerordentliche Anstrengungen zu überwinden.

Indessen treten all diese Fragen an Bedeutung noch zurück hinter dem Problem der Arbeitskraft in der Ueber- gangswirtschaft. Vor allem ist die heimische Arbeitskraft, der Hauptfaktor jeder wirtschaftlichen Entwicklung, in einem Maße herabgemindert, daß die Wiederaufnahme der Volkswirtschaft in dem gleichen Umfange und Grade wie vor dem Kriege an sich undenkbar erscheint. Wenn Millionen Arme und Gehirne überhaupt fehlen, Millionen Arme durch Ent- behrungen aller Art entkräftet und außerdem Millionen Menschen aus Schaffenden zu Versorgungsbedürftigen ge- worden sind, dann bedarf es zum mindesten einer besseren Organisation der gesellschaftlichen Arbeit, um den Ausfall beim Arbeitsergebnis einzuholen. Hierzu kommt jedoch, daß besonders viel qualifizierte Arbeitskraft zugrunde gegangen ist. Die überlieferte Arbeitsverfassung ist untergegangen. Die Arbeiterklasse steht nach Kriegsende vor beispiellosen Problemen, sie sind zugleich Probleme der ganzen bürgerlichen Gesellschaft.

Das aber ist das Entscheidende. Diese Probleme können von oben herab, durch bloße Regierungsdekrete, überhaupt nicht beseitigt werden, die Gesetzgebung kann höchstens oberste Richtlinien geben, alles Gewicht liegt in der Ver- waltung und diese vermag den Wiederaufbau nur von unten auf zu vollziehen. Auch das nicht in obrigkeitlicher Weise, sondern nur kraft der Selbstverwaltung der Beteiligten. Den Ver- antworten möchten wir kennen, der diesen Aufgaben nicht in vollendeter Hilfslosigkeit gegenübersteht. Ohne die ständige und geordnete Mitwirkung des organisierten Proletariats müßte die Gesellschaft in namenlose Verwirrung verfallen.

Darum halten wir es für dringendste Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Arbeiterschaft zur Mitverwaltung berufen wird. Das erste Bedürfnis scheint uns zurzeit die Errichtung von Arbeiterkammern. Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirte besitzen seit Jahren Körperschaften, durch die sie beratend, anregend und abwehrend an der Verwaltung mit- arbeiten — die Arbeiterklasse besitzt nichts dergleichen. Heute ist dieser Zustand unerträglich. Die staatliche Bürokratie wird über die wirtschaftlichen Notwendigkeiten immer nur einseitig und halb unterrichtet. Die Arbeiterklasse selbst, durch die Tageskämpfe ganz in Atem gehalten, entbehrt der mate- riellen und geistigen Hilfsmittel außerordentlich, die ihr Kammern bieten würden. Nehmen wir an, es bestünden an allen Ecken der Handelskammern schon seit Jahren unter der unbeeinträchtigt Selbstverwaltung der Arbeiterschaft auch Arbeiterkammern mit ihren Sekretariaten, Bibliotheken, Kursen usw., so verrät sich sofort ihr Nutzen für die Klasse so- wohl wie für die gesamte Gesellschaft.

Die Kammern hätten neben den allgemeinen Pflichten in überfachlicher Darstellung drei besondere Aufgaben. Alle Zweige der Sozialversicherung, die Kranken-, Unfall-, In- validen- und Alters-, die Mutterschaftsversicherung bedürfen schon längst besonderer Pflegestätten. Nach dem Kriege wird neben der Sozialversicherung die soziale Fürsorge einen wic- tigen Zweig der öffentlichen Verwaltung bilden. Wären dem- nach die Kammern in einer Hinsicht eine Zusammenfassung der Krankenkassen, so in anderer Hinsicht eine Zusammen- fassung der Berufsvereine. Sie hätten Gutachten in allen Fragen des Arbeits- und Lohnverhältnisses zu erstatten und an der Organisation des Arbeitsmarktes nach dem Kriege mitzuwirken. Als dritter Zweig der Kammerstätigkeit hätte die Wahrung und Vertretung des Konsumenteninteresses der Arbeiterschaft zu gelten. Für die staatliche Preispolitik wären die Kammern zweifellos wertvolle Mitarbeiter. In der Arbeiterklasse aber scheint uns in keiner anderen Sphäre der Gesellschaft das Produzenteninteresse, das die Gewerkschaft herausarbeitet, und das Konsumenteninteresse, denen die Genossenschaft dient, so unmittelbar verschmolzen und aus- gesprochen. Das unmittelbare Interesse des Arbeiters an allem menschlichen Hilfswerk, das in der Sozialversicherung und sozialen Fürsorge organisiert ist, verbürgt zugleich die Durch- bringung der Tätigkeit dieser Kammern mit dem Geiste der Menschlichkeit und Gemeinnützigkeit wie bei keiner anderen Interessensvertretung. Die Arbeiterkammern wären nicht nur ein Hebel für die rechtliche und geistige Hebung der Arbeiter- klasse selbst, sondern zugleich ein Werkzeug des allgemeinen Fortschritts der Gesellschaft.

K. R.

Welche Gebühren stehen dem beurlaubten Soldaten zu?

Die „Nordd. Allg. Zeitung“ schreibt:
Zur Vereinfachung bestehender Unklarheiten über die Ge- bühren des beurlaubten Unteroffiziers und Mannschaften während des Krieges sei im Folgenden der Inhalt der ein- schlägigen Bestimmungen kurz zusammengefaßt:
„Es kommen in Betracht: Gewöhnlicher Urlaub bis zur Höchstdauer eines Monats, häufig wiederkehrende Beur- laubungen von kürzerer Dauer bis zu acht Tagen im einzel- nen Falle und Urlaub zur Wiederherstellung der Gesundheit. Ferner kann Urlaub bis zu einem Monat erteilt werden zur Beschäftigung im eigenen landwirtschaftlichen oder gewerb- lichen Betriebe, zu besoldeter Tätigkeit in ebensolchen Be- trieben oder bei Behörden und schließlich auch längerer Ur- laub zur Ablegung von Prüfungen und zur Vorbereitung dazu.“

Kriegsdienstbeschädigte können auf angemessene Zeit zur Erlangung eines für sie geeigneten neuen Berufs beurlaubt werden, desgleichen zur Aufnahme der Arbeit im Zivilberuf

*) Nach der Wiener „Arbeiterzeitung“, gebürgt.

bis zur Beendigung des Entlassungsverfahrens, während Genesende, die voraussichtlich wieder dienstfähig werden, aber noch ärztlicher Behandlung bedürfen, einen kürzeren Urlaub zu privater Beschäftigung in eigenen und fremden landwirtschaftlichen Betrieben erhalten können.

Alle Unteroffiziere (als Wohnungsempfänger) und Mannschaften haben bei gewöhnlichem Urlaub, z. B. während der kirchlichen Festtage, zur Verrichtung häuslicher oder privater Notfälle, vom Truppenarzt befürworteten Erholungsurlaub, Urlaub aus dem Felde bei Familienereignissen u. dergl., Anspruch auf volle Löhnung, Beföstigungsgeld und Freifahrt.

Nur Löhnung erhalten Unteroffiziere und Mannschaften bei häufig wiederkehrendem Urlaub, z. B. Sonntagsurlaub und anderen Verurlaubungen, die nicht länger als je acht Tage dauern, aber eine besondere Vergünstigung darstellen gegenüber den anderen Mannschaften.

Bei Urlaub zur Wiederherstellung der Gesundheit, der meist nach Rückkehr aus dem Lazarett bewilligt wird, erhalten die Urlauber volle Löhnung, Beföstigungsgeld und Freifahrt, sofern die Notwendigkeit des Urlaubs vom Truppenarzt bescheinigt wird.

Dieselben Gebühren erhalten Urlauber bei Beschäftigung in eigenen landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben, wozu auch die Betriebe von Eltern und Geschwistern rechnen.

Bei längerem Urlaub — über einen Monat — tritt, abgesehen von den Kapitulanten des Friedensstandes, allgemeine Entlassung und Zurückstellung ein.

Unteroffiziere und Mannschaften, die zu beordeter Tätigkeit in fremden landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben oder bei Behörden beurlaubt werden, erhalten Löhnung nur bis Ende desjenigen Monatsdrittels, in dem der Urlaub angetreten wird. Die Löhnungszahlung hört mit Ende des vorhergehenden Monatsdrittels auf, wenn der Urlaub am 1., 11. oder 21. eines Monats anfängt. Sie beginnt wieder mit dem ersten Tage desjenigen Monatsdrittels, in dem die Rückkehr vom Urlaub erfolgt. Beföstigungsgeld wird bei diesem Urlaub nicht gewährt, dagegen Freifahrt bis zum Arbeitsort auf Kosten des Arbeitgebers, zu dem der Mann beurlaubt wird. Die Rückfahrt zum Truppenteil erfolgt auf Kosten der Militärverwaltung.

Ebenso wie die vorigen werden gelöhnt, erhalten aber weder Beföstigungsgeld noch Freifahrt solche Unteroffiziere und Mannschaften, die auf mehr als einen Monat zur Ablegung von Prüfungen und zur Vorbereitung auf diese beurlaubt sind.

Volle Gebühren (Löhnung, Beföstigungsgeld und freie Fahrt) erhalten schließlich alle Kriegsdienstbeschädigten, die zur Erlangung eines neuen Berufes oder zur Aufnahme der Arbeit im Zivilberuf bis zur Beendigung des Entlassungsverfahrens beurlaubt werden.

Für die Einheit der Gewerkschaften.

Genosse Wolf Braun, der unausgesetzt für die Einigung der politischen Arbeiterbewegung gewirkt hat und sich als genauer Kenner der Gewerkschaftsbewegung durch zahlreiche Bücher erwies, hat eben eine Schrift (Gewerkschaftstreit und Gewerkschaftskampf, Nürnberg, Fränk. Verlagsanstalt, 80 Pf.) erscheinen lassen, die sich gegen die drohende Gefahr der Zersplitterung unserer Gewerkschaftsbewegung in durchaus ruhiger und sachlicher, aber desto eindringlicherer Weise wendet. Wir geben seine Schlußbetrachtung wieder. Neb. d. B.

Der Krieg ist eine schwere und harte Zeit für alle Menschen, die im Kriege standen, er war und ist auch eine harte Zeit für alle, die dem Kriege nicht mit der Waffe dienen und doch erfüllt sind von Sehnsucht nach dem Frieden. Wir alle wollen den Frieden, aber wir dürfen uns doch nicht täuschen; daß auch der Friede eine bittere Zeit sein wird, daß die Wirkungen des Krieges in der Zeit des Friedens von jedermann, auch noch von unseren Kindern und Kindeskindern, vor allem von dem Nichtbesitzenden schwer empfunden werden. Dabei wollen wir schweigen von all den körperlichen Kriegswirkungen, die uns durch Jahrzehnte vor Augen stehen werden, dabei wollen wir nicht gedenken all der schweren Verluste an Verwandten und Freunden, an bestem Volksgut. Auch rein wirtschaftlich wird uns dieser Krieg im Frieden gar viel zu denken und zu sorgen geben. Freilich, die großen Kapitalisten sind im Kriege zu höchster Macht gediehen, der Mittelstand ist aufs tiefste erschüttert, die Gegenstände in der Gesellschaft werden durch den Krieg auf das höchste gesteigert. Der gewaltigen Macht des Kapitalismus gegenüber wird das Proletariat stehen, auf seine eigene Kraft allein angewiesen. Die großen Kapitalisten werden in noch höherem Maße als vor dem Kriege eine geschlossene Macht bilden und desto fester zusammenstehen, je mehr es sich darum handeln wird, ihre Interessen gegen die Arbeiter zu vertreten. In festgefühten Kartellen, in engzusammengeschlossenen Syndikaten, in bis in die letzten Einzelheiten organisierte Monopole wird die kapitalistische Gesellschaft als eine geschlossene Einheit der Arbeiterklasse gegenüberstehen. Dieser gewaltigen Machtsteigerung müssen sich die Arbeiter entgegenstellen, in einer Zeit höchster Schwierigkeiten, äußerster Not, in einer Zeit, die eine Fülle größter Aufgaben stellt.

Alles, was gegen die Gewerkschaften, gegen ihre Leitung und gegen ihre Politik während des Krieges sprechen mag, schrumpft diesen Aufgaben gegenüber zur Kleinheit und Unbedeutendlichkeit zusammen. Jeder Arbeiter für sich, die Arbeiterschaft als Ganzes wie nach Verufen geordnet, muß nach dem Kriege kräftige, ja unübertreffliche Organisationen haben, die den Kampf aufzunehmen vermögen gegen die konzentrierte Kraft des der höchsten Entwicklung entgegenstrebenden Kapitalismus. Diesem gilt der Kampf und nicht den Unstimmigkeiten in den Gewerkschaften. Es ist sicher leichter, den Kampf gegen diese oder jene Gewerkschaftsführer beginnen, und die Gewerkschaften in zwei Lager zu sprengen, den Bruderkampf zu hellen Flammen auch in den Gewerkschaften zu entfachen, jede Fähigkeit und alle Stärke der Arbeiterschaft zu verbrauchen in der Bekämpfung derer, die übereinstimmen mit der Kriegspolitik der Gewerkschaften. Eine derartige Vergeudung der proletarischen Kraft würde sich bitter rächen. Mit ihr würden wir dem ohnedies übermächtigen Kapitalismus einen Freibrief geben, die Arbeiterfragen ganz nach seinem Gutdünken zu ordnen und zu bestimmen, weil die Widerstandskraft der Arbeiterschaft, weil ihr Wollen und Streben verbraucht wird in dem sich selbst verzehrenden Bruderkampfe.

Die erste Aufgabe für jeden Gewerkschafter wie für jeden Politiker ist, seine entscheidenden Gegner zu erkennen und

deren Stärke richtig einzuschätzen. Die Gewerkschaften können in einer Zeit, wo die größten Konflikte zwischen Kapital und Arbeit drohen, nicht an ihre Organisationen die zerstörende Hand legen, sie müssen im Gegenteil alles daran setzen, die Gewerkschaften zu stärken, zu sichern, durch tüchtige und nie ermüdende Organisationen die Lücken in ihren Reihen auszufüllen und die Gewerkschaften auszubauen zu einer Festung, gegen die die ganze Macht des Kapitals vergeblich anrennen würde.

Sier liegen die Aufgaben für jeden Gewerkschafter heute und morgen. Es heißt trotz alledem und alledem zusammenzustehen und der Uebermacht des Kapitalismus eine einige und geschlossene Vertretung der Arbeiterinteressen entgegenzusetzen.

Wer dem widerspricht, wirkt für die Hinunterdrückung der Arbeiterklasse und für die Unüberwindlichkeit des Unternehmertums.

Das zu wollen, muß jedem Arbeiter ferne liegen!

Gewerkschaftliche Richtwörter.

Nicht genug ist es, wenn Du die Sache gründlich verstehst, geläufig muß es sein.

Haft Du es so weit, dann teile Dein Wissen und Können Deinen Kameraden mit, denn Ihr seid eine Gemeinschaft von Gleichgesinnten.

Schimpfe nicht hinterm Ofen über die schlechten Verhältnisse, sondern gehe hin und helfe sie bessern.

Beiträge zahlen allein tut es nicht. Du mußt Deine ganze Person in den Dienst der Gewerkschaft stellen.

Nicht wegen Deiner Person allein sei Gewerkschaftler. Du mußt vielmehr der Allgemeinheit dienen.

Das Allgemeinwohl fördern heißt Kultur bringen. Die Wahl ist Dir leicht gemacht. Bringe Deine guten Grundzüge auch den falsch Belehrteten bei.

Verachte und meide jeden Zwang. Durch Ueberzeugung sollst Du wirken.

Merke Dir stets: Begeisterung und eine gefüllte Verbandskasse sind unsere Waffengenossen.

Durch Zutrauen erweckt Du gleiche Gefühle.

Mißtrauen ist eine demokratische Tugend, wird aber bei unbegründeter Anwendung zur Untugend.

Du kannst von zielbewußten organisierten Unternehmern mehr für Deine Gewerkschaft herausholen, wie vom gedankenlosen, gleichgültigen Arbeiterverbändler.

Treibe nicht so viel Agitation auf dem offenen Markt; Du findest da nur Neugierige und Gaffer. Bei den Zusammenkünften Deiner Gewerkschaft und im Umkreis wirklicher Interessenten hast Du Gelegenheit genug zur Agitation.

Verpreche nie mehr, als Deine Gewerkschaft leisten kann. Enttäuschung schißt ab. Erfüllung festigt.

Verstehe nicht nur an den Worten des Redners zu lernen. Die gute Tat des Schweigenden ist genau soviel wert.

Daß Dir es nicht entgegen, an jedem, auch dem noch unorganisierten, einen Kameraden zu finden. Er wird es Dir schließlich doch mit Gleichem vergelten und Dein Zielgenosse werden.

Baugenossenschaften und Produktivgenossenschaften in Dänemark*).

Der Stand der Organisation, das proletarische Selbstbewußtsein ist die Grundlage für weitere Errungenschaften, die für uns sehr wichtig und wegleitend sind, nämlich die Wohnungsbaugenossenschaft und die Produktivgenossenschaft. Kopenhagen leidet auch öfter an Wohnungsmangel, so auch jetzt, denn Kopenhagen hat Zuzug von Schmarokern so gut wie Zürich. Diese Leute — Arbeiter sind das nicht! — haben eben auch herausgefunden, daß es sich jetzt in Kopenhagen besser leben läßt, als in kriegsführenden Ländern. Es mußten schon Baraden erteilt werden, um Obdachlose unterzubringen, was natürlich auch nicht ohne Einfluß auf die Mietpreise blieb. Da schließen sich nun 20 bis 30 Arbeiter zu einer Wohnbaugenossenschaft zusammen, jeder gibt 400 bis 600 Kronen (die dänischen Arbeiter können nämlich das!), und der so zusammengebrachte Betrag genügt, um von Banken den weiteren nötigen Kredit zu bekommen. Dann wird gebaut, meistens große Gebäude, denn jeder Anteilhaber muß eine Wohnung bekommen. Außer sind die Gebäude einfach und schmucklos, von rotem Backstein, es sieht fast so aus, wie unsere großen Mietkasernen, aber inwendig sind sie sehr behaglich und gut unterhalten. Auch Schulhäuser und öffentliche Gebäude werden außen einfach und schmucklos gehalten, weil in dem nordischen Klima Stukkaturen und Verzierungen die Kälte des Winters nicht lange aushalten können; namentlich Sandstein und andere weiche Steinarten sind von der Kälte schnell zermürbt; in Stein gehauene Ornamente oder Figuren müssen dann schon in Granit oder anderen ganz harten Steinen sein.

Die Mietzins betragen anfangs gegen 500 Kronen für eine Dreizimmerwohnung, sie sind so berechnet, daß damit die Baukredite verzinst und ordentlich amortisiert werden können. In demselben Maße, wie die Schuld amortisiert wird, sinkt auch nach und nach der Mietzins, bis zuletzt nur noch eine Quote für Reparaturen und für den Erneuerungsfonds erhoben werden muß. Die Anteile der Mitglieder sind nur unter ganz besonderen Umständen veräußerlich. Spekulation und Handel damit sollen von vornherein verunmöglicht werden.

Solche Baugenossenschaften gibt es schon eine ganze Menge. Es wurden mir ganze Straßenzüge mit solchen gemeinsamen Bauten gezeigt.

Die Wohnbaugenossenschaften sind ihrerseits die Grundlage für den weiteren großen und sehr bedeutenden Schritt: für die Produktivgenossenschaft. Fast jeder Beruf hat denn auch schon seine Produktivgenossenschaft, bis zur eigenen genossenschaftlichen Bierbrauerei. Es ist klar, daß die Baugenossenschaften zuerst bei der Produktivgenossenschaft bestellen, soweit solche bestehen, denn sehr oft sind ja die Mitglieder der Baugenossenschaft selbst Mitglieder der Produktivgenossenschaft. Das letztere ist also dazu da, um bei *U n s j a h t u n g* aller Spekulation, aller Privat- und Unternehmertumswinne der Nachfrage, dem organisierten Konsum zu genügen, und das ist die Grundlage, auf der sie wirklich gedeihen und ihre Aufgaben erfüllen kann.

* Nach einem schweizerischen Holzarbeiter.

Die Produktivgenossenschaften, die wir in der Schweiz schon hatten, und die, namentlich in der Schreinerei, fast alle ein unruhliches Ende genommen haben, hatten kein gesichertes, organisiertes Absatzgebiet auf genossenschaftlicher Grundlage: sie mußten für den kapitalistischen Markt arbeiten, das Wettrennen und die ganze wilde Anarchie auf dem Gebiete der Produktion und Ueberproduktion mitmachen; kurz, sie unterschieden sich im Grunde genommen von einer privatkapitalistischen Aktiengesellschaft im wesentlichen nur dadurch, daß die Anteilhaber selbst im Betrieb mitarbeiteten. Aber Materiallieferanten, Kunden, Geldgeber waren vom Kapitalismus abhängig, — mußte da der bewußte oder unbewußte, nur aus Abneigung geborene stille Boykott nicht notwendigerweise zum Ruin führen? Nur unverbesserliche Optimisten konnten sich einer Täuschung hingeben. Man kann nicht selbst auf kapitalistischem Boden stehen und den Kapitalismus mit Waffen bekämpfen, deren Heft dieser selbst in Händen hat.

Etwas ganz anderes aber ist es, wenn der Verbrauch auf genossenschaftlicher Grundlage organisiert, der Absatz gesichert und wenn namentlich auch der sozialdemokratische politische Einfluß auf die staatlichen Geldinstitute erstarkt ist.

Die Produktivgenossenschaft der Bauschreiner in Kopenhagen wurde bereits 1908 gegründet, sie hatte aber einige Jahre schwer zu kämpfen, um sich nur über Wasser halten zu können, bis dann einerseits die Baugenossenschaften selbst auf solide Grundlage kamen und den Absatz sicherten, während es andererseits dem jetzigen Leiter gelang, dem Unternehmen auch die nötigen Bankkredite zu sichern. Heute steht das Geschäft in schönster Blüte, beschäftigt um die 240 Arbeiter und ist die größte Schreinerei in Kopenhagen.

Wir haben den ausgedehnten Betrieb besichtigt. Gewaltig imponiert hat mir die technische Vollkommenheit der Maschinen, wie ich solche noch nicht gesehen habe. Da ist zum Beispiel eine Maschine, die das Querflügelstück für gestäbte Fenster mit einem Zug schließt, abhebt und an die abgefeigte Stirnholzseite das Profil des Stabes ansetzt, ohne daß der kleinste Splitter abgerissen wird. Der Stab braucht also nicht erst auf Geheiß geschnitten zu werden und er paßt tadellos. Oder eine Kettenstempelmachine, die mit einem Druck in vier bis fünf Sekunden in ein 15 Zentimeter breites, astiges Stück Holz ein Loch von 10 Zentimeter Länge durch und durch stemmt, nicht mit runden Enden, wie bei der Bohrmaschine, sondern scharf rechtwinklige Enden, alle Kanten scharf, der Ast glatt durchschnitten. Oder eine Maschine für Krallentäfer, in die das an der Gräse auf Breite geschnittene Fries unbestoßen und unbehobelt hineinkommt, um auf der andern Seite gleichzeitig gefedert und genutzt, gestäubt, gehobelt und geschliffen herauszukommen, fertig zum Anschlagen. Zu solchen Maschinen gehören Spezialisten zur Bedienung. Aber das ist Leistungsfähigkeit!

Anfänglich waren die Arbeiter selbst Anteilhaber der Genossenschaft, dann beteiligte sich auch die Lokalsektion der Bauschreiner daran, und schließlich kaufte letztere alle Anteilsscheine an, so daß das Geschäft jetzt Eigentum der Verbandssektion ist.

Sier haben unsere dänischen Kollegen einen Schritt direkt in die Zukunft hinein getan, sie haben gezeigt, unter welchen Voraussetzungen die Produktivgenossenschaft gedeihen kann; sie haben gezeigt, auf welchem Boden die Gewerkschaftsorganisationen in der Zukunft die Organisation und Regelung der gesamten Produktion übernehmen werden.

Sind wir einmal auf der ganzen Linie so weit, so wird es ein leichtes sein, die Produktion, die Dauer der Arbeitszeit, die Lohnverhältnisse jenen dem Bedürfnis anzupassen; Privat- und Unternehmerinteressen werden dies nicht mehr verhindern, weil es solche dann gar nicht mehr gibt.

Zur Ernährungsfrage.

Wie die hohen Kartoffelpreise entstehen.

Trotz aller von Vertretern der Arbeiter verlangten Maßnahmen nach einer gesunden Preispolitik kommen wir mit jedem weiteren Kriegsmonat in immer unbalanciertere Zustände hinein. Immer mehr und deutlicher hat sich gezeigt, daß die Höchstpreis- und Rationierungspolitik ohne Beschlagnahme aller Lebensmittel an der Erzeugungstelle und Verteilung derselben durch das Reich ihren Zweck verfehlen muß. Wäre diese Reform erst durchgeführt, müßte ihr vielleicht auch noch der Zwang zur Herstellung folgen, um sie nach Möglichkeit wirksam zu machen. Ohne tiefe Eingriffe in die Freiheit des Erzeugers auf dem Gebiete der Erzeugung und des Verkehrs scheint es auf die Dauer nicht zu gehen, wenn die unbemittelten Volksschichten nicht elend zugrunde gehen sollen. Der Schleichhandel, der schon längst für gewisse Volksteile zu regelrechter Versorgungsanordnung geworden ist, dient ja nicht einmal allen, die seine maßlosen Ansprüche noch befriedigen können, umsonstiger denen, die es nicht können. Das Neuföllner Denkschrift an das Kriegsernährungsamt hat das zur Genüge gezeigt. Sie hat aber auch gezeigt, daß die Kleinheit der Rationen den Schleichhandel erst großgezogen hat, dem sich sogar große Gemeinden ergeben mußten, um für ihre Einwohner die nötige Nahrung beschaffen zu können, dem selbst Reichsbehörden zum Opfer fielen, große Industrieunternehmungen anheimfallen mußten, um für ihre Angestellten und Arbeiter leidlich sorgen zu können, die längst zugrunde gegangen wären, wenn sie sich mit den behördlich zugemessenen Mengen begnügt hätten. Alle die Maßnahmen der Genannten haben aber wohl manchem Lebensmittel zugeführt, die er sonst wahrscheinlich nicht bekommen hätte, aber sie sind auch nur zum Schleichhandelspreise zu beschaffen gewesen, selbst da, wo eigentlich der Höchstpreis nicht überschritten wird. Ein Kollege in Schlesien konnte von einer Verwaltung einer schlesischen Stadt feststellen, daß sie bei Einkauf von Kohl sich an den Erzeugerpreis von 4 Mk. pro Zentner zwar hielt doch für das Vereinkommen des Kohls in die Stadt für den Zentner 6 Mk. zahlte, so daß der Kohl auf 10 Mk. zu stehen kam, ohne den Verdienst, der doch für den Kleinhandel abfallen muß. Die Art, in der jener Magistrat seinen Kartoffeleinkauf vollzieht, ist auch ein Schulbeispiel dafür, durch wieviel Zwischenstufen die Ware verteuert wird. Der Magistrat gibt für einen Zentner Kartoffeln, den er an die Bevölkerung weiterverkauft, schon jetzt folgendes aus:

Erzeugerpreis pro Zentner Kartoffeln	5,00 Mk.
Sammlungsprämie	0,50 "
Anfuhrkosten für den Landwirt	0,30 "
Fracht	0,30 "

Mahngebühr am Verladeort	0,15 M.
Kommissionsgebühr am Verladeort	0,25 "
Kommissionsgebühr für den Stadtkommissionär	0,25 "
Zinsverluste	0,05 "
Kollgeld	0,40 "
An die Kartoffelverteilungs-Gesellschaft	0,20 "
Leihen von Utensilien	0,10 "
Verkaufsprovision an die Kleinhändler	0,70 "
Entschädigung für Manko an die Kleinhändler	0,30 "
4 Prozent der Ladung als Entschädigung für Manko bis zur Empfangsstation	0,20 "
Für Verein- und Herauschaffen der Kartoffeln aus Mieten und Kellern	0,30 "
Kollgeld aus Mieten und Kellern	0,40 "
Manko beim Lagern	0,50 "
Summa 1 Zentner Kartoffeln: 9,90 M.	

Der Zentner kostet also dann sage und schreibe 9,90 M. Zunächst bekommt der Erzeuger bald dreimal soviel wie in Friedenszeiten für die Kartoffeln, und dann werden sie durch die vielen Zwischenstufen, die sie durchlaufen, um beinahe den Betrag noch verteuert, den jetzt der Erzeuger bekommt. Wenn auch die Stadt den Zentner Kartoffeln unter 9,90 M. abgibt, so sind es doch die städtischen Steuerzahler wieder, die die Differenz zwischen Einkaufs- und Verkaufspreis durch Steuern aufbringen müssen. Ist das aber eine Preispolitik, wie sie dem Interesse des schon im vierten Kriegsjahre dahindarben, minderbemittelten Volkes entspricht? Es ist wahrlich die allerhöchste Zeit, daß von den Reichsbehörden etwas geschieht, daß dieser künstlich herbeigeführten Teuerung, unter der das Volk fast zusammenbricht, dieser Schraube ohne Ende, Einhalt geboten wird. Auch bei Zucker, Milch, Butter, wie überhaupt allen Lebensmitteln, die beträchtlich verteuert worden sind, fühlt man diese verfehlte Preispolitik nur zu deutlich. Möge man an maßgebender Stelle nichts unterlassen, was zur Abstellung dieser Mißstände führt, sonst treten Zustände ein, die wohl niemand im Interesse unseres Landes wünscht.

Gesundheitspflege.

Der Alkoholismus.

Ist Alkohol schädlich dem Menschen schädlich? Oder ist es nur sein Mißbrauch, sein ständiger Gebrauch über ein gewisses Maß hinaus? Die erste Frage ist mit nein, die zweite mit ja zu beantworten, wenn Dr. Lucien Jeanneret recht hat, der sich darüber in der in Lausanne erscheinenden „Gazette d'Hygiene, de Medecine et de Sciences sociales de la Suisse romande“ ausläßt.

Der chronische Alkoholismus, sagt Dr. Jeanneret, die Trunksucht, wie die Trunkenheit sind im Augenblick der Empfängnis die augenfälligsten Ursachen des körperlichen, physischen und psychischen Niedergangs des Kindes. Es erscheint nicht notwendig, an die unzähligen Arbeiten und Statistiken darüber zu erinnern; es herrscht darüber Uebereinstimmung, und in allen zivilisierten Ländern ist der Kampf gegen den Alkoholismus auf der Tagesordnung. Der Alkoholismus beeinträchtigt das Recht des Kindes, mit normaler Konstitution geboren zu werden. Es ist eine gebieterische Pflicht für jeden, seinen Nachkommen wenigstens eine ebenso gute Konstitution zu geben, wie er selber von seinen Vorgängern empfangen hat, nicht ihre aufbauenden Zellen zu vergiften, nicht seiner Nachkommenschaft einen Schaden zuzufügen, der sich auf mehrere Geschlechter überträgt. Das Studium des Niedergangs der Alkoholiker, in allen Ländern verfolgt, nicht allein durch die Abstinenz, sondern auch durch unparteiische Statistiker, läßt keinen Zweifel darüber, daß der Alkoholismus den aufbauenden Keim schwer schädigt. Doch man muß den mäßigen Gebrauch von Alkohol klar scheiden von dem Alkoholismus. Wie bei allem, so ist auch hier die Wahrheit in der Mitte, und diese Mitte ist nicht schwer zu bestimmen, ungeachtet der besonderen Vernünftigkeiten der absoluten Abstinenz.

Der mäßige Gebrauch des Alkohols ist keine Ursache des Niedergangs; die Rassen, bei denen Alkohol verbraucht wird seit dem grauen Altertum, sind nicht mehr zurückgegangen als die, welche Alkohol nicht verbraucht haben. Was gefährlich ist, das ist der Alkoholismus (der Mißbrauch und vor allem der starke Alkohol und der mit Hilfe von Essenzen, Absinth, Anis usw. hergestellten Fabrikate).

Der moderne Krieg zeigt uns das klar. Alle kriegsführenden Völker haben sehr strenge Maßnahmen gegen den Alkoholismus getroffen, doch diese Maßnahmen sind nicht bestimmt, den Alkohol zu unterdrücken; im Gegenteil, der Alkohol in seiner natürlichsten Form von Wein vor allem hat die Probe bestanden, und die Nation Wein ist in die Lebensmittelliste des Soldaten mit größtem Nutzen eingeführt worden, als Mittel der Erparnis und der Erhöhung der Kraft, als Mittel gegen ansteckende Krankheiten und gegen Kälte.

Der mäßige Gebrauch des Alkohols ist kein Faktor des Niedergangs. Beweis: die Millionen Wesen, welche Alkohol verbrauchen, ohne Entarteten das Leben zu geben. Der Alkoholismus dagegen ist wirklich schädlich.

Dennoch müssen wir erkenntlich sein gegenüber dem Marmor der Abstinenz, den sie ausgestoßen haben; ungeachtet ihres Fanatismus haben sie uns gelehrt, das heiße Eisen auf die Wunde des Alkoholismus zu legen.

Doch kommen wir wieder zu dem Recht des Kindes auf die Gesundheit zurück: der Alkoholismus schadet ihm schwer. Wie dieses Recht wahren? Ein Recht existiert nur, wenn seine Verletzung als unsittlich anerkannt ist. Es ist klar, daß eine direkte Anerkennung des Unsittlichen nicht zu verwirklichen ist. Man kann einen Alkoholiker, welcher ein entartetes Kind erzeugt hat, nicht bestrafen. Die Anerkennung der Unzulässigkeit der Verletzung kann in der Tat nur vorkommend sein; sie besteht in Gesetzen, strengen gesundheitlichen Maßnahmen gegen den Alkoholismus und in der unerbittlichen Verurteilung derer, die sich ihnen nicht anpassen. Die Anerkennung der Unzulässigkeit der Verletzung der vorbeugenden Maßregeln gegenüber dem Alkoholismus wagt es dem Kinde, das geboren werden könnte, das Recht auf Gesundheit.

Das Studium des Kampfes gegen den Alkoholismus überschreitet die Grenzen dieser Arbeit, sagt ihr Verfasser; es möge uns genügen zu sagen, daß die Lösung der Frage der fortschreitenden strengerer Gesetzgebung vorbehalten bleiben

muß, die sich anzulehnen hat an eine vollkommenerer volkstümliche Erziehung. Keine Umwälzungen, keine außergewöhnlichen Maßnahmen, keine als unzulässig oder zu weitgehend empfundenen und deshalb unantwendbaren Gesetze, doch langsame und beständige Fortschritt. Es sind in unserem Lande (Schweiz) viele ausgezeichnete Gesetze in dieser Hinsicht gemacht worden und wir sehen einen beständigen Fortschritt. Unsere Mobilisation und der neue Geist in unserem Heere hat dem Alkoholismus einen harten Schlag verjagt. Es ist noch nicht lange her, da galt bei uns der Heeresdienst und der Eintritt in denselben als Gelegenheit zulässiger Trintgelage; dank strenger Maßnahmen sind die Leute, welche betrunken zum Dienst antraten, eine Ausnahme geworden, haben sich die Fälle von Trunkenheit im Dienst vermindert. Das Verbot, im Tornister alkoholische Getränke mit sich zu führen und während des Marsches davon zu nehmen, ist für die Leute eine Wohlthat gewesen. Die militärische Rechtspflege, die Trunkenheit nicht als mildernden Umstand, sondern als erschwerenden ansieht, ist gerecht. Diese Auffassung sollte in die bürgerliche Rechtsprechung übergehen, auch vom Volksurteil aufgenommen werden. Trunkenheit und Trunksucht sind schwere Vergehen, vor allem, weil sie der Natur sind, in die körperliche Verfassung anderer störend einzugreifen, in die Gesundheit des Kindes, das geboren werden kann.

Die Trunkenheit muß bestraft werden, sie darf nicht mehr, wie in den Studentenverbindungen, als eine Kleinigkeit angesehen, sondern muß als ein beschämender Fehler erachtet werden. Der eingefleischte Alkoholismus müßte angehen werden als genügender Scheidungsgrund, ohne die Winkelzüge und die gegenwärtigen Gutheißungen, welche erlauben, kleine Unglückliche in die Welt zu setzen. Die gegen den chronischen Alkoholismus getroffenen Maßnahmen werden niemals zu streng sein und die Abjektivierung der Alkoholiker von der übrigen Gesellschaft müßte erleichtert werden.

Die Frage der künstlichen Abtreibung bei einer alkoholischen Frau oder Gattin, die schon mehrere entartete Kinder zur Welt gebracht hat, ist eine der zartesten. Wir glauben, daß das Gesetz den Ärzten darin mehr Handlungsfreiheit lassen müßte, unter der Bedingung, daß die weitestgehenden Sicherheiten für die Notwendigkeit des operativen Eingriffs gegeben würden (künstliche Geburt in einem Krankenhaus oder erst nach Befragung zweier Ärzte und Aufnahme eines von ihnen unterzeichneten Protokolls). Das ist zwar eine sich widersprechende Handlung: um das Recht des Kindes auf seine Gesundheit zu wahren, ihm das Recht auf das Leben nehmen! Doch es handelt sich hier, wohl verstanden, um die Abtreibung in den ersten Monaten. Besser nicht, als beschädigt geboren zu werden.

Ein Beispiel wird die Fälle, von denen ich spreche, veranschaulichen, wo die Frage nach der künstlichen Geburt sich stellt. Ich behandle eine Familie, wo der Vater ein eingefleischter Alkoholiker ist, die Mutter ein wenig tuberkulös, aber durch die Arbeit erschöpft ist, sechs Kinder, alle degeneriert und verderbt, eins strukulos mit schweren Augenerkrankungen, eins gelähmt, eins Lungentuberkulös, zwei sonst tuberkulös, mit elender überlasteter Konstitution und nervösen Störungen, eins schwer rachitisch, und im übrigen das schwärzeste Elend. Die Mutter wird guter Hoffnung. Es erscheint mir als Pflicht, sie in ein Entbindungsheim zu senden für eine sich etwa notwendig machende Abtreibung, die Geburt eines neuen kleinen Entarteten zu vermeiden. Doch die Ruhe, die gute Ernährung werden der Mutter erlauben, sich zu erholen, kein Anzeichen in ihrem Gesundheitszustande verlangt die Abtreibung. Müßte das Gesetz nicht in einem solchen Fall, wenn auch erst nach eingehender Untersuchung, die wissenschaftliche Abtreibung vorsehen, wenn die Eltern damit einverstanden sind?

Diese Maßnahme scheint mir weniger abstoßend zu sein als die, welche in Amerika gepredigt wird: die Unfruchtbarmachung der schweren Alkoholiker beider Geschlechter. Diese Maßnahme ist in Indiana seit 1907 in Anwendung, in Kalifornien seit 1909. Sie ist in Washington angenommen worden (1909), in Connecticut (1911), Nevada (1911), Taba (1911), New Jersey (1911), New York (1912), doch ihr Prinzip selbst erscheint unserer europäischen Denkart noch unangenehm.

Der Verfasser schließt seine überzeugenden Darlegungen mit der Behauptung, daß ein methodischer und unerbittlicher Kampf in allen Formen gegen den Alkohol die beste Sicherung des vornehmsten Rechtes des Kindes auf Gesundheit ist.

Vermischtes.

Die menschliche Hand,

nach einem Ausspruche des allbewährten römischen Arztes Galenus das „Werkzeug aller Werkzeuge“, wird, wie der parteilosen Statistik unbeeinflussbare Ziffern lehren, am meisten von Unfällen betroffen. Die Entwicklung der Unfallversicherung hat zu einer ziffernmäßigen Abschätzung des Gebrauchswertes dieses Körpergliedes geführt, die dessen Bedeutung entsprechend recht hoch ausgefallen ist. Während der Verlust eines Auges nur mit 30 Proz. eingeschätzt wird, ist der rechten Hand eine Bewertung von 60 Proz., und der linken eine solche von 40 Proz. nach den Bestimmungen der meisten Versicherungsgesellschaften zuteil geworden. Der Verlust beider Hände oder beider Augen gilt indessen gleich; bei diesen wie bei jenen wird vollständige dauernde Arbeitsunfähigkeit anerkannt.

Von den einzelnen Fingern überragt der Daumen an Bedeutung und Bewertung. Rechter Hand werden ihm 25 Prozent, linker Hand 15 Proz. zugesprochen. Seiner Länge verdankt er die Bevorzugung nicht, wohl aber seiner alle übrigen Finger übertreffenden Stärke und Beweglichkeit; selbst bis auf den Stumpf verlezt, bleibt er diesen noch ihre Tätigkeit ermöglichende Stütze, und andererseits läßt er uns schon bei einer geringfügigen Verletzung seine Wichtigkeit fortwährend angenehm empfinden. Nächt ihm ist es kein Nachbar, der sich herbortut und vor den übrigen etwas gilt: der Zeigefinger. Als „Mit-Glied“ der „Rechten“ zählt er 15 Proz., als „Mit-Glied“ der „Linken“ 12 Proz. An Beweglichkeit sucht er dem Daumen fast gleichzukommen, er übertrifft ihn an Länge und Spürsinn und ist daher besonders zu tastendem Prüfen wie zum festen Eingreifen begabt; an Feingefühl ist ihm nur noch die Zungenlippe über.

Die anderen drei Finger werden gewöhnlich mit je 10 Prozent bewertet. Sie treten, jeder für sich allein betrachtet, hinter Daumen und Zeigefinger an Bedeutung zurück, haben

aber auch jeder ihre besondere Funktionen und schaffen im Bunde mit den übrigen die Hand erst zum Werkzeug aller Werkzeuge, zum starken Hammer, zur fünfzünftigen Gabel, zu schöpfenden Schaufeln usw. In der letztgenannten Eigenschaft erinnert sie uns an den alten Diogenes in der Tonne, der bekanntlich seinen einzigen Verbrauchsgegenstand, seinen Kessel, wegwarf, als er einen Knaben aus der hohlen Hand trinken sah.

(Aus den Stuttgarter Blättern des Allg. Verjich.-Vereins in Stuttgart.)

Berichte aus Fachkreisen.

Hamburg. Am 14. Oktober d. J. hatte die Gemeinde Schiffbet bei Hamburg beschlossen, die Unterstützung an teilweise beschäftigte und erwerbslose Textilarbeiter aus finanziellen Gründen einzustellen. Hiergegen legten wir bei der Königl. Regierung in Schleswig Beschwerde ein, weil das nach dem Bundesratsbeschlusse nicht zulässig sei. Allerdings behauptet heute die Gemeinde Schiffbet, daß die Einstellung erfolgt sei, weil keine Leute zu unterstützen gewesen wären. Das trifft nicht ganz zu. Auch hat der Königl. Regierungspräsident zu Schleswig angeordnet, daß der frühere Zustand in Schiffbet wiederherzustellen ist.

Abchrift.

Der Regierungspräsident. Schleswig, den 13. Dezember 1917. S.-Nr. I. A. IV. 5777. 6.

Auf das Schreiben vom 24. Oktober d. J. bemerke ich ergebenst, daß sich nach den von mir angefertigten Ermittlungen die Lage des Textilgewerbes in Schiffbet im Lauf der letzten Monate ganz erheblich günstiger gestaltet hat, was sich schon dadurch zu erkennen gibt, daß die Färberei in Schiffbet, deren Arbeiterzahl noch im Sommer 1916 nur gegen 700 betrug, heute wieder gegen 1100 Arbeiter beschäftigt. Wegen Mangels an Angebot von heimischen Textilarbeitern hat sich diese Fabrik sogar veranlaßt gesehen, 90 Textilarbeiter aus dem früheren Bezirk Ruffisch-Polen nach Schiffbet übersiedeln zu lassen.

Auf Grund dieser eingetretenen erfreulichen Besserung der Lage des Textilgewerbes befreit die Gemeindevertretung in Schiffbet, daß zurzeit ein Bedürfnis zur Unterstützung erwerbsloser oder erwerbsbeschränkter Textilarbeiter in ihrer Gemeinde vorliegt, da solche jederzeit in der Färberei oder in anderen Betrieben Schiffbets eine geeignete und lohnende Arbeitsgelegenheit finden können. Die Gemeindevertretung hat im übrigen durch die zur Unterstützung von Textilarbeitern bis heute gemeindeseitig freiwillig übernommene Last von rund 12 000 Mark bewiesen, daß sie es an Entgegenkommen ihren in Not geratenen Arbeitern gegenüber nicht hat fehlen lassen.

Nachdem in der Woche vom 7.—13. Oktober d. J. in Schiffbet keine Unterstützung an Textilarbeiter mehr zur Auszahlung gelangt war, hat die Gemeindevertretung auf Grund der eingetretenen Verhältnisse, daß nämlich eine Unterstützungsnotwendigkeit hinsichtlich der Textilarbeiter nicht mehr vorlag — und nicht etwa, wie im dortigen Schreiben behauptet wurde, „weil die Gemeindekasse ihren Teil nicht mehr tragen könne“ — am 14. Oktober d. J. den Beschluß gefaßt, die gemeindeseitige Unterstützung vom 12. Oktober ab einzustellen.

Angesichts der grundsätzlichen Bedeutung des Beschlusses muß ich diesem indessen meine Zustimmung versagen. Die Unterstützung erwerbsloser oder erwerbsbeschränkter Textilarbeiter kann wohl zeitweise ruhen, aber nicht dauernd eingestellt werden, da die Notwendigkeit zur Unterstützung schuldlos in Not geratener Textilarbeiter jederzeit wieder eintreten kann. Aufgabe der Gemeindevertretung ist es, angesichts der von ihr festgestellten günstigen Entwicklung des Textilgewerbes und der großen Nachfrage nach Arbeitskräften, darüber zu wachen, daß die in meinen „Mitteilungen“ ausgestellten Voraussetzungen zur Gewährung von Unterstützungen auch tatsächlich vorhanden sind.

Ich habe den Herrn Amts- und Gemeindevorsteher in Schiffbet angewiesen, einen erneuten Beschluß der Gemeindevertretung herbeizuführen, durch den der frühere Zustand wiederhergestellt wird. (Unterschrift unleserlich.) J. B.

Verbandsanzeigen.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 6. Januar, ist der

1. Wochenbeitrag fällig.

Zur Beachtung.

Am 29. Dezember sind die Fragebogen über die vierteljährliche Erhebung zur Kriegstatistik zum Verband gekommen. Filialen, welche die Sendung nicht erhalten haben, wollen die Bogen nachverlangen.

Der Vorstand.

Ortsverwaltungen.

Langenbielau. Die Mitglieder werden dringlichst ersucht, ihrem Unterkassierer nicht nur einen etwaigen Wohnungswechsel, sondern besonders auch jeden Arbeitswechsel baldigst zu melden, dem dann die Pflicht obliegt, im Verbandsbureau darüber Mitteilung zu machen. Höchst wichtig ist, daß die Geschäftsstelle durch die Mitglieder persönlich, die Vertrauenspersonen und Arbeiterauschussmitglieder über Arbeitszeit- und Lohnveränderungen, ebenso über vorkommende Entlassungen und deren Ursachen wahrheitsgemäß in jedem Falle immer baldigst unterrichtet wird. Die Geschäftsstelle.

Abwesenänderungen.

Gau 5. Gebweiler. Die Geschäftsstelle befindet sich ab 1. Januar in der Breiße 53.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 5. Januar.

Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die mit \odot versehenen Artikel Hermann Krüger, für alles andere Paul Wagner. — Druck: Vorderwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.

Gau 4. Nordhorn. Die Filiale ruht.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Ghemmitz, Emil Seidel, Färbereiarbeiter, 48 J., Herzschlag. Anna Hoffmann, Näherin, 28 J., Lungenleiden.

Grimmischau. Heinrich Richter, 51 J., Unfall.

Delmenhorst. Anna v. d. Berg, 36 J., Herz-, Nieren- und Lungenleiden.

Langenbielau. Klara Pude, Weberin, 21 J., Lungenleiden.

Im Felde gefallene oder infolge des Krieges gefallene Mitglieder.

Berlin. Wilhelm Köffel. Karl Teubner, Detateur, 41 J.

Grimmischau. Paul Walter, 33 J.

Glauchau. Karl Clajnik, 44 J. Richard Schneider in Lipprandis, 31 J.

Langenbielau. Wilhelm Hornig, Mangelarbeiter, 19 J.

Loßberich. Heinrich Schriefer, Weber, 28 J.

Revises. Ernst Wedmann, 34 J.

Ehre ihrem Andenken!

Zusammenkünfte.

Mitglieder-Versammlungen.
Nachen. Sonntag, den 20. Januar, vormittags 10 Uhr, bei Deben, Alexanderstr. 109.